



Timon Gremmels

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kassel, 10. November 2023 | Ausgabe Nr. 139

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

am Donnerstag fand im Bundestag eine vereinbarte Debatte mit dem Titel „Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen“ statt. Mit der Debatte erinnerten wir an die Reichspogromnacht vom 9. November 1938. Nach den Nürnberger Rassegesetzen erreichte die Entrechtung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden mit der Reichspogromnacht einen neuen Höhepunkt. Tausende wurden aus ihren Wohnungen gezerrt, öffentlich gequält, gedemütigt, verhaftet und ermordet. Es war der Beginn des größten Völkermords in unserer Geschichte. Die Erinnerung daran darf niemals verblassen. Im Gegenteil: Nach der Shoah ist es unsere Pflicht, jeder Form von Antisemitismus immer und überall entgegenzutreten.

Jüdisches Leben schützen

Jedoch wird auch 85 Jahre nach der Reichspogromnacht immer noch gegen Jüdinnen und Juden gehetzt, und es werden Anschläge auf jüdische Einrichtungen verübt – in letzter Zeit leider wieder vermehrt. Wir verzeichnen eine Zunahme antisemitischer Straftaten. All das darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir stellen uns immer und überall dem Hass und der Gewalt gegenüber Jüdinnen und Juden entschlossen entgegen. Für uns ist der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland eine Verpflichtung. Das betonen wir Ampel-Fraktionen auch in unserem gemeinsamen Antrag.

Demokratieförderung

All das zeigt, dass es mehr politische Bildung und eine stärkere Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen braucht, die sich aktiv gegen Antisemitismus und für gelebte Demokratie und Vielfalt einsetzen. Deshalb wollen wir das Demokratiefördergesetz schnellstmöglich auf den Weg bringen, mit dem die finanzielle Förderung solcher Initiativen verstetigt wird. Dafür kämpfen wir entschieden!

Euer

NIE WIEDER IST JETZT!



ENERGIEBEREICH

ÄNDERUNG DES ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZES

In Deutschland legt die Bundesregierung per Verordnung die Höhe der Netzentgelte fest und regelt den Zugang zu Gas- und Stromnetzen. Die entsprechende Regulierungsbehörde setzt diese Vorgaben um. Diese „vorstrukturierte“ oder „normative Regulierung“ verstößt jedoch gegen EU-Recht. Im September 2021 hat der Europäische Gerichtshof deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet.

Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)

Um diese Regulierungslücke zu schließen und das nationale Recht an das Unionsrecht anzupassen, beschloss der Bundestag in dieser Woche einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG). Dadurch werden zwei bisher im EnWG geltende Verordnungsermächtigungen der Bundesregierung aufgehoben und die Kompetenzen bei der Netzzugangs- und Netzentgeltregulierung auf die Regulierungsbehörden übertragen. Um harte Brüche und damit wirtschaftliche oder rechtliche Unsicherheit zu vermeiden, treten die Verordnungen gestaffelt erst nach einer Übergangszeit außer Kraft.

Startschuss für die Wasserstoffnetzplanung

Auch der Wasserstoffhochlauf wird im Entwurf adressiert. Erstmals erhält die Bundesnetzagentur die Möglichkeit, Wasserstoff-Kernnetze zu genehmigen. Damit wird der Startschuss für die Wasserstoffnetzplanung in Deutschland gegeben. Bis Ende des Jahres wird eine umfassende Wasserstoffnetzentwicklungsplanung im EnWG eingeführt.

Stromnetze

Vorgesehen sind auch die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau von Stromnetzen sowie Maßnahmen, um die Höherauslastung der Stromnetze in Deutschland abzufedern und nachhaltig abzusichern. Außerdem wird mit der Novelle ein einmaliger Zuschuss von 5,5 Milliarden Euro auf die Netzentgelte der Übertragungsnetzebene gewährt. Damit werden die Netzentgelte auf dem Niveau von 2022 gedeckelt.

» [HIER GEHT ES ZU MEINER BUNDESTAGSREDE VOM 10.11.23.](#)

THEMA: DIE ANPASSUNG DES ENERGIEWIRTSCHAFTSRECHTS



Deutscher Bundestag

2 Timon Gremmels, SPD



DIE KINDERGRUNDSICHERUNG KOMMT

GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE KINDER

Kein Kind soll in Armut aufwachsen. Wir werden eine Kindergrundsicherung einführen, die Kinder aus der Armut holt und bessere Chancen für Kinder und Jugendliche schafft. Im ersten Schritt haben wir zum 1. Januar 2023 die Kinderregelsätze im Bürgergeld sowie den Kinderzuschlag erhöht und das Kindergeld auf 250 Euro pro Monat angehoben.

In dieser Woche berieten wir den Entwurf der Bundesregierung zur Kindergrundsicherung in 1. Lesung. Mit der Kindergrundsicherung wollen wir Kinder besser vor Armut schützen und ihnen mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Auch wollen wir Familien von Bürokratie entlasten, indem Leistungen einfacher und digital beantragt werden können. In der Kindergrundsicherung sollen Kindergeld, Kinderzuschlag, Leistungen für Kinder und Jugendliche im Bürgergeld und der Sozialhilfe sowie Teile des Bildungs- und Teilhabepakets gebündelt werden.

Drei Bausteine der Kindergrundsicherung

Die Kindergrundsicherung setzt sich aus drei Teilen zusammen:

- Alle Kinder und Jugendlichen erhalten einen einkommensunabhängigen Kindergarantiebetrag. Dieser ersetzt das heutige Kindergeld in Höhe von derzeit 250 Euro monatlich.
- Hinzu kommt ein einkommensabhängiger und altersgestaffelter Zusatzbetrag.
- Außerdem gehen einige Leistungen für Bildung und Teilhabe in der Kindergrundsicherung auf.

**KEIN KIND
SOLL IN ARMUT
AUFWACHSEN!**

Mit der Kindergrundsicherung sollen bis zu 5,6 Millionen Kinder und Jugendliche erreicht werden. Durch das angepasste Existenzminimum erhalten einige Altersgruppen höhere Leistungen als bisher, bei anderen bleiben sie gleich.

Es soll ein digitales und einfaches Antragsverfahren eingerichtet werden. Ob ein Anspruch auf den Zusatzbetrag besteht, soll mithilfe eines Kindergrundsicherungs-Checks geprüft werden. Potenzielle Anspruchsberechtigte sollen proaktiv angesprochen werden.

Anregungen von Verbänden einbeziehen

Im parlamentarischen Verfahren werden wir die Hinweise von Verbänden und Wissenschaft in die Beratungen einbeziehen mit dem Ziel, den Gesetzentwurf zu verbessern. Wir wollen erreichen, dass Kinder mit aufeinander abgestimmten Leistungen einfach und unbürokratisch vor Armut geschützt werden.

Beste Bildung und soziale Teilhabe

Es geht uns aber nicht nur um die materielle Absicherung. Es geht uns auch darum, allen Kindern und Jugendlichen gute Chancen auf beste Bildung und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Deswegen verbessern wir die Qualität der Kitas, bauen die Ganztagsbetreuung an Grundschulen aus und helfen Schulen in benachteiligten Regionen mit dem Startchancenprogramm.

Mit der **Kindergrundsicherung** wollen wir ab 2025 die **Familienförderung gerechter und einfacher machen:**



- ➔ mit einem **festen Kindergarantiebetrag von 250 Euro**,
- ➔ sowie einem **einkommensabhängigen Zusatzbetrag**, der nach der finanziellen Situation der Eltern gestaffelt ist.

Bis zu 5,6 Millionen Kinder sollen mit dem neuen Kinderzuschlagbetrag direkt erreicht werden!

Wir wollen, dass alle Kinder eine **optimale Förderung** erhalten, etwa durch:

- ➔ **bessere Kitas,**
- ➔ **ausgebaute Ganztagsbetreuung an Grundschulen,**
- ➔ **sowie 10 Milliarden Euro für Schulen in benachteiligten Regionen.**



UPDATE FÜR UNSER GESUNDHEITSSYSTEM

In dieser Woche berieten wir den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Digitalisierung im Gesundheitswesen in 1. Lesung. Das Ziel: Die elektronische Patientenakte (ePA) – die bereits 2021 eingeführt wurde – weiter zu entwickeln und ab 2025 allen gesetzlich Versicherten mit deren Zustimmung zur Verfügung zu stellen. In der ePA sind Befunde und Informationen aus Untersuchungen und Behandlungen digital gespeichert. Die Versicherten entscheiden weiterhin selbst über ihre gesundheitsbezogenen Daten.

ePA als App und als Desktopvariante

Die ePA wird von den Krankenkassen als App und als Desktopvariante bereitgestellt. Patient*innen können ihre ePA mit Dokumenten, Arztbriefen, Befunden etc. auch selbst befüllen. Die ePA enthält eine digitale Medikationsübersicht. In enger Verknüpfung mit dem E-Rezept können so Wechselwirkungen von Arzneimitteln vermieden werden.

Verschlüsselte Daten

Alle Daten werden verschlüsselt abgelegt. Nur Versicherte können sie einsehen sowie Ärzt*innen, wenn sie von den Versicherten hierfür freigeschaltet werden. Wer die ePA nicht nutzen möchte, kann dem widersprechen („Opt-out“). Für Privatversicherte gibt es auch eine widerspruchsbasierte ePA, sofern die jeweilige private Krankenversicherung diese anbietet.

Das E-Rezept weiterentwickeln

Mit dem Digital-Gesetz soll zudem das E-Rezept weiterentwickelt werden. Ab 1. Januar 2024 wird es flächendeckend etabliert und die Nutzung per Gesundheitskarte und ePA-App deutlich einfacher.

Darüber hinaus können digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) auch für komplexere Behandlungen genutzt werden. Damit die Telemedizin noch stärkerer Bestandteil der Gesundheitsversorgung wird, heben wir die bisher geltende Begrenzung der Videosprechstunden auf. Mit der assistierten Telemedizin in Apotheken wird außerdem ein niedrigschwelliger Zugang zur Versorgung geschaffen.

Gesundheitsdaten für Forschungszwecke nutzen

Wir wollen bessere Forschung im Gesundheitswesen. Forschung braucht aber Daten. Deshalb erleichtern wir die gemeinwohlorientierte Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschungszwecke. **Geplant ist, unter anderem eine Gesundheitsdaten-Infrastruktur mit einer Datenzugangs- und Koordinierungsstelle aufzubauen.** Den entsprechenden Entwurf des Gesundheitsdatennutzungsgesetzes der Bundesregierung berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung.

Details:

- Die Zugangsstelle soll **bürokratische Hürden abbauen** und als Anlaufstelle für Datennutzende fungieren, bei der erstmalig **Daten aus verschiedenen Datenquellen miteinander verknüpft** werden können.
- Die Datenschutzaufsicht für länderübergreifende Forschungsvorhaben im Gesundheitswesen soll zusammengefasst, deutlich erleichtert und durch eine*n Landesdatenschutzbeauftragte*n koordiniert werden.
- Das Forschungsdatenzentrum Gesundheit (FDZ) beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) wird weiterentwickelt. Bei **Anträgen auf Forschungsdatennutzung** ist künftig ausschlaggebend, wofür beantragt wird – anstatt von wem. **Entscheidend sind also die im Gemeinwohl liegenden Nutzungszwecke.**
- **Versicherte können entscheiden, ob sie Daten aus ihrer elektronischen Patientenakte (ePA) für bestimmte zulässige Zwecke freigeben. Dazu wird eine einfache Widerspruchs-Verwaltung eingerichtet, damit Patient*innen über die Freigabe ihrer Daten für die Forschung entscheiden können.**
- **Kranken- und Pflegekassen** sollen künftig **Daten über Abrechnungen ärztlicher Leistungen auswerten** dürfen, wenn dies **nachweislich dem individuellen Schutz der Gesundheit der Versicherten dient**. Zum Beispiel der Arzneimitteltherapiesicherheit oder der Erkennung von Krebserkrankungen oder seltenen Erkrankungen.



KURZ NOTIERT

1 **Stiftungsfinanzierung geregelt**

Politische Stiftungen leisten einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftspolitischen Arbeit und zur demokratischen Bildungsarbeit im In- und Ausland. Deshalb wird ihre Arbeit mit Bundesmitteln unterstützt. 2023 erhalten die sechs anerkannten politischen Stiftungen, die jeweils einer im Bundestag vertretenen Partei nahestehen, rund 697 Millionen Euro. Bislang wurden diese Globalzuschüsse im Haushaltsplan auf Grundlage des vom Deutschen Bundestag beschlossenen jeweiligen Haushaltsgesetzes zugeteilt. Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom Februar 2023 genügt dies jedoch den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht mehr. Mit Blick auf das Recht der Parteien auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb ist deshalb eine gesetzliche Regelung erforderlich. Das setzen wir um und berieten in dieser Woche abschließend den Gesetzentwurf eines Stiftungsfinanzierungsgesetzes, den wir Koalitionsfraktionen gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion vorlegen. Damit regeln wir, unter welchen Voraussetzungen politische Stiftungen gefördert werden können und nach welchem Maßstab sie öffentliche Mittel erhalten.

Gefördert werden demzufolge nur Stiftungen, deren nahestehende Parteien mindestens dreimal hintereinander in Fraktionsstärke im Deutschen Bundestag vertreten sind. Sie müssen in der Gesamtschau für die freiheitlich demokratische Grundordnung sowie für den Gedanken der Völkerverständigung aktiv eintreten. So darf die politische Stiftung nicht durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall oder als gesichert extremistisch eingestuft werden oder die nahestehende Partei von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen sein. Enthalten sind auch besondere Vorgaben für die Rücknahme und den auch teilweisen Widerruf von Förderbewilligungen. Weiter werden Regelungen zur Transparenz, zur Zuständigkeit und zur Anerkennung bereits geförderter politischer Stiftungen getroffen.

Zuständig für die Bewilligung von Fördermitteln sind die jeweiligen mittelverwaltenden Ressorts. Sie schalten intern das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) ein. Dieses muss feststellen, ob eine politische Stiftung verfassungsfreundlich agiert und für Völkerverständigung eintritt. Damit ist klar: Wer sich nicht für unsere demokratische Ordnung und ihre Werte einsetzt, kann keine öffentlichen Mittel für seine Arbeit erhalten.

Die Grundzüge des Verfahrens sind im Wesentlichen an das bisherige bewährte Verfahren angelehnt. Der Haushaltsgesetzgeber (der Bundestag) bestimmt durch das Haushaltsgesetz die Gesamthöhe der Förderung für das jeweilige Haushaltsjahr.

2 **Steuerfairness: Globale Mindestbesteuerung**

Der Bundestag beschloss in dieser Woche das Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz. Mit diesem Gesetz führen wir eine effektive internationale Mindeststeuer ein. Die internationale Mindeststeuer haben 2018 Olaf Scholz (damals Bundesfinanzminister) und der französische Finanzminister Bruno Le Maire vorgeschlagen und in die Beratungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eingebracht.

Im Dezember 2021 einigten sich dann 141 Staaten, eine internationale Mindeststeuer einzuführen. Diese Einführung ist ein großer Fortschritt im Kampf gegen Gewinnverlagerungen internationaler Konzerne in Niedrigsteuerländer und gegen den unfairen Steuerwettbewerb.

Es ist hochgradig ungerecht, verzerrt den internationalen Wettbewerb und die Steuereinnahmen fehlen den öffentlichen Haushalten, wenn global agierende, große Konzerne kaum Steuern zahlen. Denn sie können ihre Gewinne in Steueroasen verschieben und vermeiden es so, Milliarden an Steuer zu zahlen.

Durch eine Nachversteuerung von nicht oder niedrig besteuerten Unternehmensgewinnen wird eine globale Mindestbesteuerung in Höhe von 15 Prozent sichergestellt. Damit werden aggressive Steuergestaltungsmodelle unattraktiver. Außerdem wird im internationalen Steuerwettbewerb um Investitionen und Unternehmensansiedlungen eine Untergrenze eingezogen. Internationale Konzerne kön-

» Fortsetzung auf der nächsten Seite



KURZ NOTIERT

nen sich somit nicht ihrer Finanzierungsverantwortung für das Gemeinwesen entziehen. Die Mindestbesteuerung gilt für alle international tätigen Unternehmen und große inländische Gruppen mit einem jährlichen Umsatz über 750 Millionen Euro.

3 Polizeibeauftragte*n beim Bundestag einsetzen

Wir berieten in dieser Woche in 1. Lesung einen Gesetzesentwurf von uns Koalitionsfraktionen, eine*n Beauftragte*n für die Polizeien des Bundes einzusetzen. Damit setzen wir eine weitere Vereinbarung des Koalitionsvertrages um.

Die Aufgabe wird zum einen ein, für die Beschäftigten des Bundeskriminalamts (BKA), der Bundespolizei und der Polizei des Deutschen Bundestages zuständig sein. Zum anderen soll die neue Stelle auch für Bürger*innen Ansprechpartner*in sein, wenn sie durch ein Fehlverhalten der genannten Polizeien betroffen sind und die Beschwerde auf ein strukturelles Problem innerhalb dieser Behörden schließen lässt. Die oder der Beauftragte für die Polizeien des Bundes wird eine Anlaufstelle beim Deutschen Bundestag mit Akteneinsichts- und Zutrittsrechten.

Diese neue Position tritt ergänzend neben die bereits existierenden behördeninternen Verwaltungsermittlungen und die Möglichkeiten im Rahmen des Disziplinar- oder Arbeitsrechts sowie den justiziellen Weg vor die Gerichte. Damit werden die Handlungsoptionen der Betroffenen erweitert, das Vertrauen der Bevölkerung in die Institution Polizei gestärkt und auch den Beschäftigten der Polizei selbst eine Möglichkeit gegeben, sich vor möglicherweise ungerechtfertigten Anschuldigungen zu schützen.

4 Parteienfinanzierung neu regeln

Parteien sind ein wesentlicher Teil unseres demokratischen Systems und der politischen Willensbildung. Deshalb muss sicher sein, dass Parteien ihre Arbeit effektiv leisten

können. Das Parteiengesetz regelt, wie sich Parteien finanzieren und wie hoch die staatlichen Mittel sind, die sie als Teilfinanzierung erhalten. Jene richten sich danach, wie die Parteien in der Gesellschaft verwurzelt sind, d.h. wie viele Stimmen sie bei der jeweils letzten Europa-, Bundestags- und den Landtagswahlen erzielt haben. Auch der Umfang der Mitgliedsbeiträge und Spenden wird zugrunde gelegt.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, das Parteiengesetz zu erneuern und dabei den Parteien auch mehr digitale Beschlussfassungen und Wahlen zu ermöglichen sowie die Transparenz zu verbessern. In dieser Woche berieten wir in 1. Lesung den entsprechenden Antrag von uns Koalitionsfraktionen sowie der CDU/CSU-Fraktion zur Änderung des Parteiengesetzes.

Künftig muss auch Sponsoring ab einer Bagatellgrenze in einem eigenen Sponsoring-Bericht in den Rechenschaftsberichten der Parteien veröffentlicht werden. Neben Namen und Anschrift der Zuwendenden und dem Betrag muss dort auch Art und Umstände des Sponsorings vermerkt werden. Auch unmittelbare Werbung anderer für eine Partei (sogenannte „Parallelaktionen“) müssen dann der Partei angezeigt werden, die so Einflussmöglichkeit auf die Werbeaktion erhält. Sie werden zukünftig sachgerecht in die Spendenregelungen einbezogen.

Großspenden müssen früher gemeldet werden. Der Wert, ab wann sie der Bundestagspräsidentin angezeigt werden müssen, wird abgesenkt. Durch die Veröffentlichung als Drucksache erhalten Bürger*innen frühzeitig Kenntnis über eine künftig größere Zahl von Großspenden. Dies ist insbesondere im Vorfeld von Wahlen von Bedeutung, um die mögliche Einflussnahme von Dritten transparent zu machen.

Damit die Parteien ihre Arbeit auch weiterhin finanzieren können, wird die absolute Obergrenze für die staatliche Parteienfinanzierung um den finanziellen Mehrbedarf angehoben.

Die Parteiarbeit soll digitaler werden: Parteitage und Hauptversammlungen können künftig auch rein digital oder hybrid zusammentreten. Auch die elektronische Stimmabgabe wäre dann bei einigen Entscheidungen über innerparteiliche Angelegenheiten möglich.

BILDERGALERIE



#DieUNundWIR (links)

Seit Ende Oktober ist die Wanderausstellung #DieUNundWIR der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. im Kreishaus in Kassel zu sehen. Gemeinsam mit Landrat Andreas Siebert hatte die Gelegenheit, die interaktive Ausstellung mit einem kurzen Grußwort zu eröffnen. Die Ausstellung führt vor Augen, wie bedeutend die Arbeit der Vereinten Nationen für uns ist und welchen Beitrag wir alle leisten können, um eine bessere Welt zu gestalten.

Dazu zeigt sie allerlei Wissenswertes rund um die Arbeit der Vereinten Nationen: Was macht die UN konkret gegen Armut und für die Wahrung der Menschenrechte? Wie treten sie dem Klimawandel entgegen? Wie kann es ihnen besser gelingen, den Frieden zu sichern? Kurzum: Die Ausstellung informiert über die wichtigsten Arbeitsfelder der UN – von Friedenssicherung und Menschenrechten bis hin zu Umwelt und Entwicklung.

Besonders spannend: Mittels interaktiver Elemente können Besucher*innen eigene Ideen einbringen und so Teil selbst der Ausstellung werden.

PS: Die Ausstellung eignet sich hervorragend für junge Menschen ab 15 Jahren, d.h. insbesondere für Schulklassen ab der Jahrgangsstufe 9. Bis zum 22. November könnt ihr euch die kostenfreie Ausstellung im Kreishaus (Wilhelmshöher Allee 19-21, Kassel) montags bis freitags von 8 bis 16 Uhr ansehen.



UNTERWEGS IN BERLIN, NORDHESSEN & DEM WAHLKREIS

BILDERGALERIE



Fotos: Godenschweger Photography für Netzwerk SPD



Besuch vom Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Am Dienstag haben wir im Netzwerk mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck diskutiert. Mir ging es in meinem Beitrag darum, die deutsche Solarindustrie resilient zu machen, damit Arbeitsplätze und Wachstum in Deutschland und Europa gestärkt werden. Wir brauchen eine wirksame Antwort auf den IRA (US-Inflation Reduction Act) der USA und den Dumping-Preisen Chinas. Gut, dass Robert das genauso sieht!



Fotos: Jon Klockow für Netzwerk SPD

Timon Gremmels

Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel
0561 – 700 10 52



buero@timon-gremmels.de
www.timon-gremmels.de
TimonGremmels



@gremmels
BlueSky @timon.gremmels.bsky.social